

<b>Zeitschrift:</b>	Theologische Zeitschrift
<b>Herausgeber:</b>	Theologische Fakultät der Universität Basel
<b>Band:</b>	77 (2021)
<b>Heft:</b>	3
<b>Artikel:</b>	Wie viel Religion verträgt die Politik - wie viel Politik verträgt die Religion?
<b>Autor:</b>	Schieder, Rolf
<b>DOI:</b>	<a href="https://doi.org/10.5169/seals-977290">https://doi.org/10.5169/seals-977290</a>

#### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

#### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

#### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 17.01.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

# Wie viel Religion verträgt die Politik – wie viel Politik verträgt die Religion?<sup>1</sup>

## *1. Religion und Politik*

Die Schweizer «Konzernverantwortungsinitiative», die ansässigen Konzernen auferlegen wollte, bei ihren internationalen Geschäften Menschenrechts- und Klimaschutzstandards einzuhalten, konnte bei der Volksabstimmung Ende letzten Jahres einen Achtungserfolg erzielen. Eine knappe Mehrheit der Bevölkerung sprach sich dafür aus – allerdings war eine Mehrheit der Kantone dagegen. Damit war die Initiative gescheitert. Sowohl die katholische wie auch die protestantischen Kirchen hatten sich im Vorfeld für die Initiative engagiert. Von den Kanzeln wurde dafür ebenso Werbung gemacht wie mit Bannern von Kirchtürmen. In den Kirchengemeinden selbst gab es inhaltlich breite Zustimmung für das Anliegen der Initiative.

Aber die Frage, in welcher Form dieses Anliegen im Raum der Kirche zur Geltung kommen solle, spaltete viele Gemeinden. Mit den weithin sichtbaren Bannern zugunsten der Initiative, die von manchen Kirchtürmen wehten, würde, so christliche Gegner der Initiative, der Kirchturm als Symbol der Einheit im Geist verdunkelt. Aber auch Predigten, deren einziges Anliegen es sei, für die Initiative zu werben, müssten als Missbrauch der Kanzel verurteilt werden. Wie viel Politik verträgt die Religion – und wie viel Religion verträgt die Politik? Die Antwort auf diese Frage hängt davon ab, was man unter Religion und was man unter Politik versteht.

Was *tun* Menschen, die religiös sind – und was *tun* Menschen, die politisch handeln? Beginnen wir mit den Politikern: Sie erlassen Gesetze und Verordnungen. Sie müssen sich um den Strassenbau und um genügend Impfdosen kümmern. Sie erlassen Pandemieregeln, treiben Steuern ein, pflegen Beziehungen zu anderen Ländern. Sie müssen um Wählerstimmen werben, ständig Kompromisse eingehen, ungeliebte Koalitionen bilden und nicht selten mit Mehrheitsentscheidungen leben, die sie persönlich für ziemlich verrückt halten. Irgendwie ist man

1 Überarbeitetes Manuskript des Eröffnungsvortrags der «Thementage der Theologischen Fakultät Basel» (10. – 12. Mai 2021). Die Thementage widmeten sich der Frage: «Wie politisch soll/darf Religion sein?»

als Politiker:in nie fertig, irgendetwas geht immer schief, irgendetwas fehlt immer, der Verbesserungsbedarf ist auf Dauer gestellt – und die Medien sind mit Sicherheit nie zufrieden mit dem, was man geleistet hat. Politik ist nichts für zarte Gemüter.

Was tun religiöse Menschen? Sie versichern sich der Gegenwart Gottes – im Gebet, im Gottesdienst, in der Andacht. Religion *ist* Vergegenwärtigung Gottes. Wird sich der Mensch der Gegenwart Gottes bewusst, so stellt sich ein Zustand der Seligkeit ein. Religion sei deshalb, so Hegel in seiner Religionsphilosophie, für alle Völker stets «der Sonntag des Lebens»<sup>2</sup> gewesen. Wie Gott am siebten Schöpfungstag ruhte und feststellte, dass trotz aller noch zu lösenden Probleme die Schöpfung doch «sehr gut» sei, so ruhen auch Menschen mit religiöser Sensibilität am siebten Tag, fühlen sich in Gott aufgehoben und freuen sich seiner Gegenwart. Beim Ritual der Messe oder des Abendmahls erleben sie es sogar leibhaftig: Ich bin in Gott und Gott ist in mir. Gott ist für religiöse Menschen die alles bestimmende Wirklichkeit. Gott ist das, was sie unbedingt angeht. Wer «Gott» sagt, der sagt, dass es ihm ums Ganze geht.

Das ist also der Unterschied zwischen Religion und Politik. Politik ist kleinteilig, Arbeit am Detail, auf den Kompromiss angewiesen – Werktag eben. Religion ist die selige Feier der Gegenwart Gottes, in der sich der Mensch ganz und gar aufgehoben fühlt. Aufgehoben in einem dreifachen Sinn: Zunächst radikal in Frage gestellt: denn was ist der einzelne Mensch schon vor dem ewigen und allmächtigen Gott. Aber als solcher und nur als solcher – als Sünder – ist er in Gott geborgen, von ihm ge- und erhalten; und schliesslich sogar aufgehoben im Sinne von «erhöht» – wie im Lobgesang der Maria: Gott erhöht die Niedrigen!, oder in den Seligpreisungen: Selig sind die Leidtragenden! Weil die Religion den Menschen ins Licht der göttlichen Verheissung stellt, braucht sie eigene Orte und eigene Zeiten, um sich ungestört daran zu erinnern: den Sabbat oder den Sonntag und die Kirche, die Synagoge oder die Moschee.

Wer Werktag und Sonntag vermischt, der hat ein Problem: Die Kirchen verzwergen dann zu Weltverbesserungsvereinen und vergessen, wie man Gott vergegenwärtigt. Und eine Politik, die sich selbst an die Stelle Gottes setzt und glaubt die Religion durch politisches Handeln ersetzen zu können, ist im letzten

2 G.W.F. Hegel: Vorlesungen über die Philosophie der Religion I, Werke 16, Frankfurt am Main 1986, 12.

Jahrhundert in den faschistischen und kommunistischen Diktaturen grandios gescheitert.

*2. Warum soll sich Religion überhaupt auf das politische Geschäft einlassen?*

*(1.) Die Kirchen sollen sich politisch betätigen, wenn sie darum gebeten werden.*

Alle diakonischen Einrichtungen der Kirchen sind zivilgesellschaftlich relevant. Auch werden die Kirchen regelmässig gebeten, bei Katastrophen zu helfen - sei es durch individuelle Seelsorge, sei es durch interreligiöse Gottesdienste, bei denen sich ein erschüttertes Gemeinwesen seines Zusammenhaltes und seiner spirituellen Wurzeln vergewissern kann. Alten- und Krankenfürsorge ebenso wie Bildungseinrichtungen waren bis weit ins 19. Jahrhundert hinein gänzlich in der Hand der Kirchen – seitdem hat Vater Staat diese Aufgaben sukzessive von Mutter Kirche übernommen. Der französische Philosoph Michel Foucault hat diesen Prozess als zunehmende «Pastoralmacht des Staates»<sup>3</sup> bezeichnet.

*(2.) Kirchen und Religionsgemeinschaften müssen politisch werden, wenn sie in ihrem Bestand bedroht sind.* Die Bekennende Kirche in den 30er Jahren ist dafür ein einschlägiges Beispiel. Aber auch die Unterdrückung von Religionsgemeinschaften in Staaten ohne die Garantie von Religionsfreiheit zwingt Religionsgemeinschaften, politisch aktiv zu werden. Solche Bedrohung entsteht in politischen Systemen, die ihre politische Weltanschauung zur alles bestimmenden Wirklichkeit machen. Aber auch in den politischen Systemen, in denen Religionsfreiheit herrscht, besteht beständig Anpassungsbedarf. Die Versuche, die Sichtbarkeit des Islam im öffentlichen Raum einzuschränken, werden gerne mit dem Argument der Trennung von Politik und Religion gerechtfertigt. Der in der politischen Arena ausgetragene Streit ist aber gerade der Beweis für das Gegenteil, nämlich dafür, dass sich Religion und Politik nicht trennen lassen. Religion ist nie Privatsache, Religion ist immer eine öffentliche Angelegenheit.

*(3.) Das Verhältnis von Politik und Religion ist nicht symmetrisch.* Religion, die auf's Ganze geht, kann sich nicht *nicht* zur Politik verhalten. Sie muss sich fragen, ob politische Entscheidungen auch aus religiösen Gründen zustimmungsfähig sind. Selbst wenn die Politik gerne Religion als Privatsache behandeln möchte und neben der Trennung von Kirche und Staat auch die Trennung von Politik und Religion vollzogen sehen möchte, kann sich die Religion auf dieses Ansinnen

3 Vgl. dazu Th. Lemke: Eine Kritik der politischen Vernunft. Foucaults Analyse der modernen Gouvernementalität, Berlin 1997.

nicht einlassen. Denn Gott ist für sie die alles bestimmende Wirklichkeit – auch die alles bestimmende Wirklichkeit in der Politik. Die Politik hingegen kann von der Religion absehen und sich ganz auf die Lösung eines anstehenden Problems konzentrieren.

(4.) *Aber auch die Politik entkommt letzten Fragen nicht.* Eine davon lautet: Warum sollen Bürgerinnen und Bürgern für das Gemeinwesen Opfer bringen – eventuell sogar das Opfer des eigenen Lebens? Der Philosoph Jean-Jacques Rousseau hat deshalb vorgeschlagen, dass der neuzeitliche Staat eine eigene, von den Kirchen unabhängige Zivilreligion entwickeln solle.<sup>4</sup> Und der Soziologe Émile Durkheim schlug vor, den Begriff «Gott» doch einfach als eine Metapher für die höchsten Ideale einer Gesellschaft zu verstehen. Und das höchste Ideal in der Moderne sei der «culte de l'individu»<sup>5</sup>. Das Soziale selbst wird dann zum Theologischen. Die Nation ist dann heilig. Das Endliche ist das Absolute. An einer Re-Sakralisierung des Politischen arbeiten vor allem Theoretiker der politischen Rechten. Man denke nur an Carl Schmitts «Politische Theologie». Für Christen hingegen ist das vorfindliche Politische nur das Vorletzte.

### *3. Die immer präsente Gefahr einer Vermischung von Religion und Politik*

Zu trennen ist das Religiöse vom Politischen nicht. Was wir aber unter allen Umständen vermeiden wollen, sind Bürgerkriege, bei denen religiöse Rhetorik als Brandbeschleuniger dient. Der Krieg im Kosovo ist uns Europäern noch in lebendiger Erinnerung. Das letzte abschreckende Beispiel eines religiös aufgeladenen Nationalismus konnten wir am 6. Januar dieses Jahres in Washington studieren. An diesem Tag betrat der 33 Jahre alte Schamane Jacob Chanseley die Kammer des amerikanischen Senats im Kapitol in Washington, schritt zum Platz des Vizepräsidenten der USA, nahm seinen Helm mit den beiden Kuhhörnern ab und forderte die Anwesenden auf, mit ihm zu beten: «Let's all say a prayer in this sacred space.» Er dankte Gott dafür, dass er die Polizisten inspiriert habe, «to allow us into the building, to allow us to exercise our rights, to allow us to send a message to all the tyrants, the communists and the globalists, that this is our nation, not theirs.» Sein Anliegen fasst er so zusammen: «Thank you for allowing us to get rid of the communists, the globalists, and the traitors within our government. Thank you for allowing the US to be reborn. We love you, we thank you,

4 J.J. Rousseau: *Du Contrat Social et autres oeuvres politiques*, Paris 1975, 327-336.

5 É. Durkheim: *L'individualisme et les Intellectuels*, *Revue Bleue* 10, 1898, 7-13, 10.

in Christ's holy name we pray.» Er und seine Mitstreiter waren vollkommen irritiert, als man ihnen Aufruhr zum Vorwurf mache. Einer von ihnen meinte, sein einziges Interesse sei es gewesen, «to get inside the building to plead the blood of Christ over it.»<sup>6</sup> Sie seien gottesfürchtige Bürger, die lediglich ihr Land vor Tyrannen, Kommunisten und Globalisten retten wollten – und zwar mit Gottes Hilfe. Was ist an diesem Ereignis bemerkenswert?

- *Die Resakralisierung des Politischen ist ein weltweiter Trend.* Sie ist auch explizites Programm der neuen religiösen Rechten in Deutschland. Selbst den Kultkampf gegen den Islam in Europa kann man als Resakralisierungsprogramm des Politischen verstehen: das christliche Abendland verteidigt sich gegen des Ansturm der Andersgläubigen.

- *Das Thema «Religion und Politik» kann nicht mehr auf das Thema «Kirchen und Staat» reduziert werden.* Institutionen werden schwächer, sogenannte *Bewegungen* werden im Social-Media-Zeitalter einflussreicher. Das wusste Donald Trump, der die Republikanische Partei in eine faschistoide Bewegung transformieren wollte und es immer noch will. Der Sturm auf das Kapitol war sinnfälliger Ausdruck dieser Bewegung. Damit die Bewegung nicht erstarrt, ist eine dramatisierende, oft mit religiösen Begriffen aufgeladene Rhetorik nötig.

- *Apokalyptischer Dualismus ist die Rhetorik, die die Massen anfeuert.* Je bedrohter sich das Milieu der weissen religiösen Rechten fühlt, umso radikaler agieren sie. Ihr apokalyptisches Denken deutet die Gegenwart als einen Endkampf zwischen den Guten und den Bösen, zwischen ihnen und ihren Feinden. Es gilt, wachsam und gewaltbereit zu sein. Das Böse muss mit dessen Waffen besiegt werden. Die Tatsache, dass eine laue Mehrheit den Ernst der Lage nicht versteht, ist für den kleinen heiligen Rest der kampfbereiten Auserwählten umso mehr Beweis dafür, dass sie als Retter in höchster Not eingreifen müssen. Alle sind verführt, nur ein kleiner Rest blickt durch und weiss Bescheid. Wer Querdenker-Demos verstehen will, der muss sie als Prozessionen von Apokalyptikern lesen. Dass die deutschsprachigen neuen Rechten in der Zeitschrift «Sezession» neuerdings Verständnis für die Rhetorik Greta Thunbergs aufbringen, ist bemerkenswert.<sup>7</sup> Was sie freilich masslos ärgert, ist die Tatsache, dass Thunbergs Warnungen ernst

6 <https://www.newyorker.com/video/watch/a-reporters-footage-from-inside-the-capitol-siege> (zuletzt abgerufen am: 26.7.2021).

7 Vgl. <https://sezession.de/61597/gretas-apokalypse-und-meine> (zuletzt abgerufen am: 26.7.2021).

genommen werden, die der Rechten vor einer islamistischen Unterwanderung aber nicht.

- *Der vermutete Wille Gottes ersetzt die demokratische Mehrheitsentscheidung.* Die Aufrührer des 6. Januar inszenierten den heiligen Bürgerkrieg, weil sie eine Wahl verloren hatten. Verlässlicher Bürger in einer Demokratie kann aber nur sein, wer die narzisstische Kränkung erträgt, dass seine Überzeugung von der Mehrheit im Land *nicht* geteilt wird. Eine Demokratie transformiert die tiefsten Gewissheiten und höchsten Glaubenswahrheiten in banale und inhaltsleere Zahlen. Die Mehrheit gewinnt, ganz egal, ob das gut oder schlecht, wahr oder falsch ist. Unmittelbare religiöse Selbstdurchsetzung will diesen Mechanismus der Mehrheitsfindung ausser Kraft setzen. Wer Auszählungen und andere demokratische Verfahren durch Moral ersetzen will, ist auf den Weg in den politischen Terror.

- *Missbrauch des Namens Jesu Christi.* Dieser Missbrauch ist in evangelikalen Kreisen der USA weit verbreitet. Nicht nur sollte das Kapitol in Jesu Blut getaucht werden, auch Impfgegner sind fest davon überzeugt, dass sie, die sie im Blut Jesu gebadet haben, gegen das Corona-Virus immun sind. Der Markenname ‚Jesus Christus‘ wird auf jede individuelle Verrücktheit geklebt. Solche Vergegenwärtigungen Jesu nehmen dem biblischen Jesus buchstäblich das Leben, nämlich sein ganz reales Leben als frommer Rabbi, der im ersten Jahrhundert als politischer Aufrührer von den Römern gekreuzigt wurde. Im Grunde sind solche Anrufungen Jesu eine Sünde gegen das 2. Gebot, das uns verbietet, den Namen Gottes unnützlich zu führen. Diese scheinbar demütigen Frommen geben ihre eigene partikulare Meinung für Gottes Willen aus. Wahrhaft Gläubige hingegen, die sich in Gott aufgehoben fühlen, stellen sich zuerst selbst in Frage.

- *Worin besteht der Unterschied zwischen Anmassung und Gottvertrauen?* Man kann sich den Unterschied zwischen Anmassung und Gottvertrauen mit Hilfe der drei Begriffe des Allgemeinen, des Einzelnen und des Besonderen gut vor Augen führen. Das Verhältnis des Menschen zu Gott ist wie das Verhältnis eines Einzelnen zum Allgemeinen. Allgemein ist für einen heranwachsenden Menschen zunächst das Soziale, die Kultur, in der er aufwächst. Erst allmählich versteht der junge Mensch, dass das vermutete Allgemeine nur ein Besonderes ist – und das Allgemeine viel mehr umfasst als nur die soziale Welt. Es entsteht ein Bewusstsein für das Universum, von dem jeder Einzelne nur ein winzig kleines Teilchen ist. Naturalisten und Materialisten glauben, dass allein das sichtbare und messbare Universum das letzte denkbare Allgemeine ist. Ein religiöser Mensch glaubt, dass

das empirisch Vorfindliche von Gott als der wirklichsten aller Wirklichkeiten bewegt wird und sein Geist selbst in Kleinsten und Unscheinbarsten gegenwärtig ist. Und so fühlt sich der religiöse Mensch in Gott als Inbegriff des Allgemeinen aufgehoben und versucht als Einzelner, den Prinzipien dieses Allgemeinen gemäss zu leben. Der religiöse Mensch versteht sich mithin als ein allgemeines Einzelnes. Wer aber versucht, sich als Einzelner auf Kosten Anderer zu etwas Besonderem zu stilisieren und dafür auch noch Gott in Anspruch nimmt, der missbraucht den Namen Gottes. Eine ganz wesentliche politische Aufgabe der Theologien besteht deshalb in einer pointierten Religionskritik!

*4. «Ungetrennt und unvermischt» – Versuch einer Verhältnisbestimmung des Politischen und des Religiösen*

«Ungetrennt und unvermischt» – das kann ein Kompass zu sein, an dem man sich im weiten und unübersichtlichen Feld von Religion und Politik orientieren kann. Warum sich Religion und Politik nicht trennen lassen, wurde am bisher Gesagten hoffentlich deutlich. Paradoxalement zeigt sich die notwendige Bezugshypothese von Religion auf Politik und von Politik auf Religion gerade an den Konflikten, die sie miteinander austragen müssen. Dazu noch ein letztes Beispiel: Deutsche Parlamentarier gefallen sich gerne in der Forderung, dass für Muslime in Deutschland das Grundgesetz über dem Koran stehen müsse. Das ist eine sinnfreie Forderung, denn das Grundgesetz selbst hält eine solche Forderung für grundgesetzwidrig. Die dort garantierte Gewissens-, Meinungs-, und Religionsfreiheit erlaubt jedem Staatsangehörigen, selbst zu entscheiden, welche Bücher ihnen wichtig sind. Das Grundgesetz fordert Gesetzesstreue in dem Sinne, dass ich mich an die Gesetze halte – die Gedanken hingegen sind selbstverständlich frei. Auch in der Bibel heißt es unmissverständlich, dass wir Gott mehr gehorchen müssen als den Menschen. Die Machtansprüche weltlicher Gewalt werden radikal begrenzt. Christen glauben auch, dass sie neben ihrer irdischen Staatsbürgerschaft noch eine zweite im Himmel haben: ein Bürgerrecht im Reich Gottes. Eben dieses Aufgehobensein in Gott gewährleistet Freiheit im politischen Raum.

Über das abschreckende Beispiel des Schamanen in Washington wird es kaum Dissens geben. Für uns Europäer herrscht Konsens darüber, dass ein Gottesdienst keine Plenarsitzung ist, ein Gebet keine Gesetzesvorlage, eine Predigt keine Parteitagsrede. Die Inhalte mögen sich gleichen, die *Formen* aber müssen sich unterscheiden, sonst droht Ungemach – für beide Seiten.

Jürgen Habermas' Forderung, dass religiöse Politiker, wenn sie den politischen Raum betreten, gewissermassen nur anonym auftreten dürften, hatte ich ursprünglich mit Skepsis aufgenommen.<sup>8</sup> Warum sollte Marx im Bundestag erlaubt sein, Matthäus und Markus aber nicht? Es ging ihm aber schlicht darum, dass Verneinungargumente nicht durch Autoritätsargumente ersetzt werden können. Wenn wir darauf vertrauen, dass uns der Geist Gottes in alle Wahrheit führt, dann sollten wir imstande sein, ohne religiöse Sondersprache politisch überzeugend zu argumentieren. Anders gewendet: Wer sein politisches Argument mit dem Zusatz versehen muss: «Gott will es!», der hat den Diskursraum vernünftiger Deliberation schon verlassen. Erlaubt ist freilich der Versuch, die eigene religiöse Position anderen plausibel zu machen. Verstecken soll man sie jedenfalls nicht. Wer etwa Bauchschmerzen bei der Sterbehilfe hat, der darf damit argumentieren, dass er das Leben für ein Geschenk Gottes hält. Er darf seinem politischen Gegner aber nicht Gottlosigkeit oder Mordlust unterstellen, wenn dieser ein Sterbehilfegesetz befürwortet. Christen in der Politik nehmen ihre Gegner als Konfliktpartner ernst – und kommen nicht im Gestus eines besserwisserischen Gutmenschen daher.

Umgekehrt kann man fragen: Gehört Politik auf die Kanzel? Auf die Kanzel gehört die Bibel. Die Bibel ist aber voller Politik. Also gehört auch Politik auf die Kanzel. Dasjenige, was zwischen Kanzel und Politik vermittelt, ist aber die Bibel – oder theologisch zugespitzt: das Evangelium. Nur so gehört Politik auf die Kanzel, dass sie im Lichte der Verheissung Gottes erscheint. Politik auf der Kanzel muss auf das Evangelium hin durchsichtig gemacht werden. Parteipolitische Propaganda gehört nicht auf die Kanzel. Auch müssen sich Pfarrerinnen und Pfarrer regelmässig daraufhin überprüfen, ob sie nicht immer wieder die gleichen politischen Lieblingsthemen traktieren. Eine gute Kanzelrednerin transformiert Politik so, dass die Hörerinnen und Hörer ermutigt und gestärkt werden, sich den Herausforderungen des politischen Alltags zu stellen. Eine deprimierende Predigt hat ihr Ziel verfehlt. Deprimierende politische Zustände darstellen, das kann jeder. Es kommt alles darauf an, das Evangelium darin aufscheinen zu lassen.

Politische Romantik, eigenkostenlose und unerfüllbare Forderungen an die Adresse der Politik, und blosses Meinen ist noch keine Politik. Meinungen sind halt nur Meines – weder verallgemeinerbar noch realisierbar. Man kann sie sich eigentlich auch sparen. Lars Castellucci, der religionspolitische Sprecher der

8 Vgl. J. Habermas: Glaube und Wissen, in: *Zeitdiagnosen. Zwölf Essays*, 2003, 249-262.

SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag, geht regelmässig in den Gottesdienst. In einem persönlichen Gespräch beklagt er Folgendes: Viel zu oft höre er am Sonntag von der Kanzel politische Kommentare zu Themen, mit denen er sich schon die ganze Woche über intensiv befasst habe. Eigentlich ärgere ihn zweierlei: zum einen möchte er sich am Sonntag im Gottesdienst mit etwas anderem beschäftigen als im Alltag. Es erfülle ihn mit Ungeduld, wenn Kanzelredner blauäugig und ohne hinreichende Detailkenntnis politische Empfehlungen gäben. «Das weiß ich selber besser!», sage er sich dann. Was er aber nicht besser wisse, das sei die Frage, welche Inspiration, Ermutigung und Stärkung der sonntägliche biblische Text bereithalte. Davon wolle er mehr hören.

Was aber ist das Evangelium, was ist die Verheissung? Es gehört zu den markanten Erkennungszeichen der Theologie Karl Barths, dass er die Vorgängigkeit und den Vorrang des Evangeliums vor dem Gesetz behauptet hat. Es sei nicht so, dass unser Sollen und Leisten das Erste sei und Gottes Gnade dann gewissermassen die Belohnung. Ganz im Gegenteil lebten wir immer schon aus der Gnade und der Liebe Gottes. Die Versöhnung zwischen Gott und Mensch sei bereits vollbracht – ein für allemal. Insofern sei all unser Handeln – auch unser politisches Handeln – nicht ein verzweifelter Versuch, von Gott belohnt zu werden, oder selbst die Welt zu retten. Unser ethisches Handeln sei nichts anderes als die dankbare Antwort auf die überfliessende Gnade Gottes. Das Sein gehe dem Sollen voraus. Die Sünde wider den Heiligen Geist besteht darin, dem Heiligen Geist nichts zuzutrauen.

Barths ethischen Imperativ könnte man so formulieren: «Werde, der Du bist!», nämlich ein von Gott geliebtes, anerkanntes und geistbegabtes Individuum. Dieser Imperativ zielt auf «Selbstwirksamkeit». Ein ganzes Heer von «Coaches» arbeitet heute daran, Individuen in verantwortlicher Position, die zu verzweifeln drohen, dabei zu helfen, Selbstvertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit zurückzugewinnen. Diese Selbstwirksamkeit, so würde Barth freilich argumentieren, gründet letztlich nicht in psychologischen Ressourcen, sondern schlicht darin, dass sich der Mensch als ein mit Gott Versöhnter erkennt. «Es ist vollbracht!» An sich ist das Reich Gottes schon da – wir müssen es uns nur noch anverwandeln. Und so ist auch das politische Handeln der Christen kein apokalyptischer Endkampf, kein Vernichten des Bösen, kein Verzweifeln am eigenen Ungenügen. Es ist die geduldige, demütige Mitarbeit an der allmählichen Realisierung des Reichen Gottes.

*5. Fazit: Wie viel Religion verträgt also die Politik,  
und wie viel Politik verträgt die Religion?*

Beide können sehr viel vom je Anderen vertragen, wenn beide lernen zu differenzieren. Inhaltlich lassen sich Religion und Politik nicht trennen – sehr wohl aber lassen sich die Formen unterscheiden. Religion tritt im politischen Raum in der Form vernünftiger und geduldiger, an den Prinzipien des Friedens, der Gerechtigkeit, der Bewahrung der Schöpfung, aber auch der Freiheit und der Wahrheit orientierter Argumentation auf. Und Politik wird in den Religionsgemeinschaften auf deren jeweiligen Verheissungen hin durchsichtig gemacht. Politik arbeitet sich an dem ab, was fehlt. Religion erinnert an die Fülle der Güte Gottes. Im Idealfall verhindert Politik, dass die Religion enthusiastisch und wirklichkeitsverleugnend wird; Religion hingegen verhindert, dass Politik zynisch wird.

*Abstract*

Wenn Gott die alles bestimmende Wirklichkeit ist, dann kann die Theologie das Politische, das ein machtvolles Moment unserer Wirklichkeit ist, nicht ignorieren. Eine Trennung von Staat und Kirche ist zwar möglich, nicht aber eine Trennung von Politik und Religion. Allerdings müssen beide Handlungsfelder sorgfältig unterschieden werden, sonst droht Ungemach. Eine theologisch aufgeladene Politik steht in der Gefahr, fundamentalistisch zu werden, eine auf das Politische reduzierte Theologie verzwergt die Kirche zum bloßen Weltverbesserungsverein. Unvermischt und ungetrennt – so sollten Politik und Religion ihre Beziehung bestimmen. Beide haben ganz eigene Formen, mit denen sie auf die Wirklichkeit einwirken, aber beide haben das Ziel, Glück und Seligkeit der Menschen zu mehren.

Religion relates human beings to their ultimate reality, politics is dealing with everyday life; politics has to focus on details, religion has a perspective of the whole. Why, then, would religious actors want to become political – especially in a time when religious nationalism is growing? The video of insurrectionist Jacob Chacentey saying a lengthy «prayer» in the senate chamber at Capitol Hill on January 6<sup>th</sup>, 2021, became iconic: his hate speech disguised as a prayer was an abuse of the name of Jesus Christ.

Religion and politics cannot ignore each other. Both are interested in power. As a guideline to relate to each other the teachings of the Council of Chalcedon might be helpful: religion and politics should treat each other «without confusion and without separation». Pulpits in churches and lecterns in parliament require different speech acts. Preaching is not political propaganda, but shedding the light of the gospel on political conflicts.

*Rolf Schieder, Berlin*